

## PDS zockt um die Macht!

PDS und die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) legen in diesen Tagen fest, ob sie mit gemeinsamen Listen und Kandidaten in den Bundestagswahlkampf ziehen.

Egal, wie diese Entscheidung für ein neues Linksbündnis ausgeht, eines ist jetzt schon klar: Die Berliner PDS verabschiedet sich mit dieser erst trotzig abgelehnten, dann aber doch

tes Beispiel waren die Proteste gegen Hartz IV. Die Berliner PDS-Spitze setzte dienstags die Arbeitsmarktreformen vom Senatstisch aus um, während sie einen Tag vorher ausgerechnet auf Montagsdemonstrationen dagegen protestierte. Dies ist pure Heuchelei und hat mit verantwortungsvoller Politik nichts zu tun. Die Kritik von führenden SPD-Politikern wie Bundestagspräsident Thierse an der PDS

im Focus-Magazin wegen der Verfolgung von SPD-Mitgliedern unter dem SED-Regime kommt spät. Die Krokodilstränen sind längst getrocknet, weil der Verrat der Freiheit durch Teile der Sozialdemokratie längst vollzogen wurde. Trotz-

dem ist die Kritik von Thierse wohl der endgültige Anfang vom Ende von Rot-Rot, denn die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien sind schon lange aufgebraucht. Für die Berliner SPD stellt sich immer mehr die Koalitionsfrage und die Frage, ob es nicht ehrlicher ist, wie im Bund Neuwahlen vorzuziehen. Wenn der Regierende Bürgermeister Wowereit und der SPD-Landesvorsitzende Müller bei ihrer Unentschlossenheit bleiben und das niederträchtige Doppelspiel der PDS zulassen, riskieren sie einen 16-monatigen Dauerwahlkampf, den Berlin sich nicht leisten kann. Die Hauptstadt hat Probleme gerade in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu lösen. Dies geht aber nur mit klaren Verhältnissen und stabilen Mehrheiten und nicht mit einer Partei wie die PDS.



**Henkel redet Klartext**

befürworteten Liaison immer mehr aus der Regierungsverantwortung, ohne Macht wirklich abzugeben. Kurz gesagt: Sie behält die Posten im Senat, betreibt aber dennoch eine Fundamentalopposition gegen Schröder und Wowereit zu Lasten der Berliner. Ausgerechnet zusammen mit der WASG, die den Senat abwählen will. Angesichts dieser Lage stellt sich die Frage, ob die SPD zusammen mit der PDS überhaupt noch regierungs- und handlungsfähig ist. Die PDS vernachlässigt die Berliner Interessen aus niederen parteipolitischen und rein opportunistischen Gründen und wechselt nach Belieben zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik - je nachdem, wie es den eigenen Leuten gefällt. Der SED-Nachfolgepartei ist offensichtlich jedes billige Mittel recht, um an der Macht zu bleiben. Jüngs-

## CDU-INNENPOLITIKER TAGEN IN MÜNCHEN

# Gegen Graffiti und für eine sichere WM

**Auf eine gemeinsame Marschroute zur Bekämpfung der Graffiti-kriminalität haben sich**

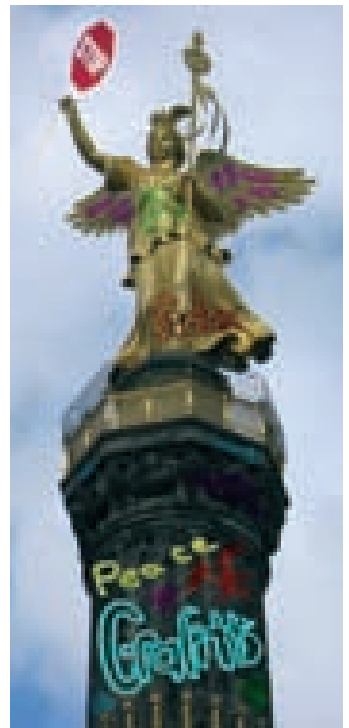


**auf der Tagung der innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen die Innenpolitiker von CDU und CSU in München verständigt.**

Der Vorsitzende der Innensprecherkonferenz, der Berliner Bundestagsabgeordnete Roland Gewalt, wies darauf hin, dass das vom Bundesrat bereits beschlossene Graffiti-Bekämpfungsgesetz seit mehreren Jahren von der rot-grünen Bundes-

regierung im Bundestag blockiert werde. „Die Blockade des Graffiti-Bekämpfungsgesetzes, vor allem durch den Grünen Ströbele, hat gerade für Berlin gravierende Folgen. Graffiti-schmiere-reien an S-Bahnzügen steigen sprunghaft an, weil das Sprayen auf Metall- und Glasflächen oft nicht strafbar ist“, erklärte der Vorsitzende des Berliner Innenausschusses, Peter Trapp. Die Konferenz der innenpolitischen Sprecher forderte, dass eines der ersten Vorhaben einer neuen Bundesregierung die unveränderte Umsetzung des Bundesratsentwurfes für ein Graffiti-Bekämpfungsgesetz sein müsse. Der Bundestag könnte das nach einem Wahlsieg der Union im Herbst sofort beschließen. Außerdem befassten sich die Innenpolitiker mit dem

Sicherheitskonzept für die Fußballweltmeisterschaft 2006. In der neu errichteten Allianz-Arena ließ man sich vor Ort von der Polizei über die Planungen unterrichten. Dabei wurden Bedenken laut, dass eine Teileinführung des Digitalfunks für die Polizei im Umfeld der Stadien zu gefährlich sei. Roland Gewalt: „Innerhalb der Stadien Digitalfunk, draußen analog – mit diesem Mix geht Otto Schily das Risiko ein, dass es wegen der fehlenden Kompatibilität zu unnötigen Pannen kommt.“



Sicherheitskonzept für die Fußballweltmeisterschaft 2006. In der neu errichteten Allianz-Arena ließ man sich vor Ort von der Polizei über die Planungen unterrichten. Dabei wurden Bedenken laut, dass eine Teileinführung des Digitalfunks für die Polizei im Umfeld der Stadien zu gefährlich sei. Roland Gewalt: „Innerhalb der Stadien Digitalfunk, draußen analog – mit diesem Mix geht Otto Schily das Risiko ein, dass es wegen der fehlenden Kompatibilität zu unnötigen Pannen kommt.“

## CDU will „Agenda Arbeit“

*Fortsetzung von Seite 1*

Mit klaren Konzepten und dem Mut zur Ehrlichkeit will die neue Kanzlerkandidatin die Wahl gewinnen. „Wir wollen Deutschland dienen. Ich will Deutschland dienen. Gemeinsam können wir das schaffen!“, sagte Merkel nach ihrer Nominierung. Wir brauchen eine „Agenda Arbeit“, proklamiert die Union. Das oberste Ziel einer neuen CDU-Regierung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist verheerend: Knapp fünf Millionen Menschen haben keinen Job. Rot-Grün hat das Land gespalten – in Menschen

mit Chancen und Menschen ohne Chancen, sagt die CDU. Damit müsse Schluss sein. Wir brauchen dringend eine „Agenda Arbeit“! Keine Worthülsen, keine Schönrederei. Entscheidende Aufgaben sind auch die Sanierung der Staatsfinanzen, die Schaffung eines einfachen und gerechten Steuersystems sowie der Abbau von Bürokratie, fordert Merkel. Mit diesen Zielen im Auge werden CDU und CSU am 11. Juli ein gemeinsames Regierungsprogramm beschließen, sagt die Fraktions- und Parteivorsitzende. Es werde kein Regierungspro-

gramm der Versprechungen und Worthülsen sein. Angela Merkel: „Wir werden Probleme nicht schönreden und keine Allwissenheit vortäuschen. Die CDU will mit ehrlichen Konzepten und einem klaren Kurs überzeugen. Die Chancen auf den Wechsel sind gut. Denn jedermann spürt: So kann es nicht weitergehen. Seit Rot-Grün regiert, ist Deutschland immer weiter abgestiegen. Das hat unser Land nicht verdient. Wir brauchen eine Trendwende. Die schaffen wir aber nur, wenn wir schnell und mutig umsteuern. Die CDU ist dazu bereit.“